

02. Dezember 2009

Rede von Dr. Richard Kiessler

Chefredakteur in der WAZ Mediengruppe, Sonderkorrespondent Außenpolitik

## **Aufregungswellen: Über das Auf und Ab der Transatlantischen Beziehungen**

Ich habe mir überlegt, ob ich mir die Sache einfach mache und von einer „Wiedergeburt“ der transatlantischen Beziehungen spreche. Das würde die *Aufregungswellen* sicherlich nicht hoch schlagen lassen.

Auch die Verfasser des schwarz-gelben Koalitionsvertrages sind wohl mit der Einstellung, die Aufregungswellen nicht hoch schlagen zu lassen, an die transatlantischen Beziehungen heran gegangen. Ich zitiere:

„Wir setzen auf starke Partnerschaften und wirksame multilaterale Strukturen. Dabei stehen die transatlantische Zusammenarbeit und die europäische Einigung im Zentrum unserer Politik. Ein starkes atlantisches Bündnis und ein handlungsfähiges Europa ergänzen einander“.

So weit so gut, könnte man sagen. Wären da nicht jene Aufregungswellen, die bereits vor der Bundestagswahl 2009 angeschwollen sind. (...) Bis heute belasten diese differenzierten Lösungsansätze, mit denen die Administration in Washington und die Regierung in Berlin die Lehren aus der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren ziehen wollen, die transatlantischen Beziehungen. Nur als Stichworte nenne ich die unterschiedlichen Ansätze zur Belebung der Konjunktur und die Dollarschwäche.

Mit den Feierlichkeiten zum 9. November 1989 und der Rede der Bundeskanzlerin vor beiden Häusern des Kongresses schienen sich die Wogen zu glätten, schien eitel Sonnenschein zu herrschen – wäre da nicht das Problem GM und Opel.

Nun sollte man um Himmels Willen den Streit über Opel nicht als Indikator sich verschlechternder deutsch-amerikanischen Beziehungen nehmen. Hier geht es um unterschiedliche kommerzielle Konzepte.

Wir sollten uns gerade als Deutsche im Klaren sein, dass wir mit den Vereinigten Staaten in einem heftigen ökonomischen Wettbewerb stehen. Es gab immer, auch in Zeiten des Ost-West-Konfliktes, durchaus heftige Handelskonflikte oder, bis in die Gegenwart, Krach um protektionistische Sünden.

Ich schließe mich auch nicht jenen an, die sich darüber beklagen, dass dieser Präsident - über den Timothy Garton Ash gesagt hat, er sei zugleich der *europäischste* aber auch der *uneuropäischste* Präsident Amerikas - weniger Interesse an Europa habe. „I am a Pacific President“, hat Obama gerade auf seinem Asien-Trip gesagt.

Doch natürlich ist Barack Obama auch ein transatlantischer Präsident. Es bleibt aber eine Binsenweisheit, noch einmal daran zu erinnern, dass zu Zeiten des Kalten Krieges Europa das Zentrum dessen war, was Amerika interessierte.

Für Obama spielt sich heute die Welt eher in Asien ab.

Europa bleibt ein verlässlicher Freund, von dem allerdings dringend eine bessere Unterstützung und hilfreichere Gedanken in Washington willkommen wären. Weil diese ausbleiben, bekommen die Europäer eben zu spüren, dass sie nicht mehr das Zentrum der globalen Welt sind.

Weder der Koalitionsvertrag der Regierung Merkel/Westerwelle noch andere Positionen von Regierungsmitgliedern sind hinreichend präzise ausformuliert, die transatlantische Partnerschaft in den aktuellen und brennenden Fragen der globalen Weltordnung wirklich neu zu begründen.

Der gemeinsame Wertekanon der westlichen Demokratien als Grundlage des transatlantischen Verhältnisses wird ganz gewiss von der Regierung Obama nicht in Frage gestellt. (...) Und dennoch gilt wohl: Solange keine Initiativen aus Europa kommen, wächst in Washington das Gefühl, es lohne sich gar nicht, mit denen da in Europa zu reden.

Die Erwartungshaltung aus amerikanischer Sicht lässt sich so schildern: Was könnt ihr Europäer für uns tun? Was seid ihr bereit, mit uns gemeinsam zu tun? (...) Bislang herrscht in Washington der Eindruck vor, Obama habe seine Hand ausgestreckt. Die Europäer hätten sie aber nicht ergriffen.

Natürlich hat man in Washington den erfolgreichen Abschluss des Lissabon-Vertrages zur Kenntnis genommen. Man wird sich darauf einstellen, dass sich die Europäer in Handelsfragen oder in der Wettbewerbspolitik, womöglich auch in der Klimapolitik, als Einheit darstellen. Aber es gibt eben auch entscheidende Fragen, etwa die der Entsendung von zusätzlichen Streitkräften nach Afghanistan oder verschärfter Sanktionen gegen das Regime in Teheran, in denen sich die Vereinigten Staaten mit 27 einzelnen Regierungen einlassen und auseinandersetzen müssen.

Deshalb kann man verstehen, dass aus amerikanischer Sicht das transatlantische Verhältnis mit Blick auf die Europäer zugleich von Respekt und von Geringschätzung geprägt ist.

In seiner auf multilaterale Kooperation gerichtete Politik ist Präsident Obama zweifellos radikal-pragmatisch. Dieses Bekenntnis gefällt uns ja auch hier in Europa sehr, setzt es sich doch scheinbar so positiv ab von der Vorgänger-Regierung in Washington ab.

Doch ich fürchte, die gegenwärtige Regierung in Berlin hat noch nicht begriffen, dass die multilaterale Zusammenarbeit für die USA eine ganz praktische Konsequenz aus der veränderten Weltlage darstellt. Obama sucht nach Partnern, die wirkliche Beiträge zur Lösung von Problemen liefern. Nur ideologischer Gleichklang und emotionale Erinnerungen an die guten transatlantischen Traditionen reichen nicht aus und interessieren diesen Präsidenten sehr wenig.

Nein, dieser Präsident möchte die Bereitschaft sehen, dass seine Partner die notwendigen *Ressourcen zur Lösung globaler Probleme auch wirklich einbringen*.

Wenn etwa China hilfreich ist bei der Bewältigung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, kann die Führung in Peking zu einem Partner werden.

Russland (...) erlebt derzeit die Bereitschaft der Regierung in Washington, auf russische Interessen Rücksicht zu nehmen. Der Verzicht auf die ursprünglichen Pläne zur Raketenabwehr ist ein Beleg.

Natürlich hat Volker Perthes Recht, wenn er sagt, dass die gemeinsamen *Werte* der Europäer und der Amerikaner ein wichtiges verbindendes Element bleiben. Kitt eben, aber nicht automatisch Bausteine multilateraler Zusammenarbeit.

Gerade weil die Regierung Obama bereit ist, mit jedem Partner in der Welt zusammenzuarbeiten, der effektiv behilflich ist bei der Lösung von Problemen, ist es in den letzten Monaten zu der Debatte jenes Gedankenkonstruktes der G 2 gekommen. Diese Vorstellung amerikanisch-chinesischer Vorherrschaft ist nicht nur aus amerikanischer Sicht abwegig und wird weder den G 20 – noch den G-8-Mechanismus ersetzen.

Obama hat während seines jüngsten Aufenthaltes in Peking auch erfahren müssen, dass die chinesische Führung zu diesem G 2 Konzept auf Distanz geht.

Dennoch glaube ich, dass *Systemunterschiede* bei der Lösung globaler Probleme zweitrangig sein werden. Im Vordergrund wird die praktische Zusammenarbeit bei der Lösung regionaler Konflikte und globaler Fragen stehen.

Das gilt für die wirtschaftlichen, aber auch für die politischen und militärischen Beziehungen. Die transatlantische Wertegemeinschaft misst sich für die Regierung Obama daran, was die Europäische Union tatsächlich einzubringen bereit ist, um zu gemeinsamen Ergebnissen zu gelangen.

Ein Testfall liegt vor uns: Werden die Staaten der EU für den eher wahrscheinlichen Fall eines Scheiterns im iranischen Atomstreit bereit sein, wirklich robuste Sanktionen mitzutragen? (...) Klar ist doch eines: Die Europäer werden sich im transatlantischen Verhältnis nach dem qualvollen Prozess der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages nicht mehr länger darauf hinausreden können, man müsse erst diesen Vertrag zur Belebung der europäischen Institutionen ratifizieren, um handlungsfähig zu werden.

In Washington wird dieser Hinweis als Ausrede empfunden. Und ich finde zu Recht.

Was lässt sich also aus Obamas Pragmatismus ableiten? Ich sehe voraus, dass sich die Nachfolgeregierung von George W. Bush „Coalitions of the Willing“ bedienen wird, wenn es darum geht, Konflikte in dieser Welt zu lösen, die Amerika nicht länger alleine bewältigen kann oder will. Insofern bleibt auch die Nordatlantische Allianz ein Instrument im Werkzeugkasten der Regierung in Washington, um sich in deren Reihen des Beistandes jener zu bedienen, die dazu bereit sind.

Ich will nicht missverstanden werden: Natürlich gibt es keinen Ersatz für die vernetzten transatlantischen Beziehungen, die von gleichen politischen Grundüberzeugungen getragen werden. Dabei ist die Stabilität der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen, bei allem Streit wie wir ihn jetzt erleben, eigentlich unspektakulär. Denn gerade diese Wirtschaftsbeziehungen sind das Rückgrat für die Volkswirtschaften in Amerika und Europa gleichermaßen. Deshalb ist es nicht von der Hand zu weisen, als Folge der Finanzkrise die

Idee eines gemeinsamen amerikanisch-europäischen Wirtschaftsraumes wieder zu diskutieren.

Der transatlantische Wirtschaftsrat ist dafür eine erste Stufe, aber ein großes Hindernis bleiben die unterschiedlichen Interessen in der Landwirtschaft.

*Zu den Aufregungswellen.*

Ja, es gibt aus deutscher Sicht bei aller inzwischen abklingenden Obama-Euphorie auch ein Auf und Ab in den transatlantischen Beziehungen. Gerade wir Deutsche sollten 20 Jahre nach dem Mauerfall begreifen, dass wir als stärkstes Land in der Mitte Europas Teil der Lösung und nicht mehr des Problems sind.

Wir waren *Konsumenten* von Sicherheit. Wir müssen uns als *Mit-Produzenten* von Sicherheit verstehen. Alle anderen Lobgesänge auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind bei näherem Hinsehen eine leere Hülle, denn es gibt sie nicht mehr, die *lighting candels* in den Fenstern. Deutschland ist Teil einer globalen Koalition in einer vernetzten Welt. Und ein Teil dieses Netzes ist transatlantisch.

Wir müssen also Abschied nehmen von jenem etwas statischen Politikbild, von dem mir die gegenwärtige schwarz-gelbe Koalition auszugehen scheint. Wir müssen uns darauf einstellen, die globalen Themen, auch die transatlantische Agenda, mehr *mit* zu bestimmen. Wir müssen unsere Stimme und unser Gewicht stärker einbringen.

Dabei sollten wir gelassener sein als manche in Berlin, die zu Aufregungen neigen. Wir müssen Differenzen akzeptieren, etwa in wirtschaftlichen Konflikten wie jetzt beim Swift-Abkommen. Denn als inzwischen *alte* Verbündete der USA, sollten wir uns steter Interessenkonflikte bewusst sein. Und als Europäer sollten wir uns stets bewusst sein, dass wir die transatlantischen Beziehungen nicht stärken, so lange sich einzelne europäische Regierungen – und ich rechne die deutsche durchaus dazu – nicht stärker für eine gemeinsame europäische Außenpolitik engagieren.

Das einige Europa zu schaffen, ist eine Aufgabe, die nur in unserer und nicht in amerikanischer Hand liegt.

Dr. Richard Kiessler

Die Rede ist anlässlich des Workshops „Open Think-Tank-Workspace: Komplexe und globale Perspektiven nach der Bundestagswahl“ von Dr. Richard Kiessler (Chefredakteur in der WAZ Mediengruppe, Sonderkorrespondent Außenpolitik) gehalten worden.

Der Workshop ist in Kooperation der NRW-School of Governance (Universität Duisburg-Essen), des American Institute of Contemporary German Studies (AICGS) und der Mercator Stiftung veranstaltet worden.